

Niederschrift

über die 17. Sitzung der Bezirksvertretung Kalk in der Wahlperiode 2004/2009, am Donnerstag, den 09.11.2006 von 17.05 Uhr bis 19.45 Uhr im Sitzungssaal 901 im Nebengebäude des Rathauses Kalk, Kalker Hauptstraße 247- 273, 51103 Köln (Kalk).

Anwesend: Herr Bezirksvorsteher Dohm
Frau Dr. Behring
Herr Demirel
Frau Diemer
Frau Gärtner-Plückthun
Herr Grahl
Herr Hambloch
Herr Kirchner
Herr Krens
Frau Mittmann
Herr Schade
Frau Schmedemann
Herr Schneider
Herr Schuiszill
Herr Sledzinski

Herr Thiele
Frau Topp-Burghardt
Frau Wirtz

Ratsmitglieder: Frau Gärtner, Herr Paetzold, Herr Pohl

Seniorenvertreter:

Schriftführerin: Frau Gutenberger

Verwaltung: Herr Becker Bürgeramtsleiter
Herr Odrowski Amt für öffentliche Ordnung
Herr Lechleuthner Berufsfeuerwehr
Herr Kongehl Amt für Soziales und Senioren
Frau Michell Bauverwaltungsamt
Frau Scheper Amt für Straßen- und Verkehrstechnik

Entschuldigt: Herr Henn (Seniorenvertreter)

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. **Einwohnerfragestunde**
2. **Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO, § 14 Abs. 1 Satz 1, Abs 7 HS**
 - 2.1 Eingabe, Eingang 09.08.06,
zur Schallschutzwand am Bürgerhaus Kalk und zur Durchführung von Open-Air-Veranstaltungen (AZ.: 02-1600-57/06)
DS Nr.: 023/806
3. **Einwohneranträge gem. § 35 GO, § 15 Abs. 7 HS**
4. **Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gem. § 26 GO, § 16 Abs. 7, § 17 HS**
5. **Anregungen und Stellungnahmen des Ausländerbeirates gem. § 27 GO, § 23 Abs. 1 HS**
6. **Annahme von Schenkungen**
7. **Anträge gem. §§ 3, 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 7.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS
 - 7.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO
 - 7.2.1 Antrag der CDU - Fraktion
Teilweise Änderung der Vorfahrtsregelung auf dem Europaring in Neubrück
 - 7.2.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Verkürzung der Wartezeiten in der Meldehalle Kalk
 - 7.2.3 Antrag der Fraktionen SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Neue Wege in der Kalker Drogenpolitik beschreiten
Gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der Vertreterin der FDP
Gemeinsamer Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
sowie der Einzelvertreterin Frau Wirtz (FDP)
 - 7.2.4 Antrag der CDU – Fraktion
Pilotprojekt Kalker Hauptstraße
Ersetzungsantrag der Fraktionen SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie
des Einzelvertreters Herrn Demirel (Die Linke.PDS)

7.2.5 Antrag der CDU – Fraktion
Müllcontainer auf dem Marktplatz an der Gremberger Str.

7.2.6 Antrag der SPD – Fraktion
Reinigung von öffentlichen Wegen und Plätzen

8. Verwaltungsvorlagen

8.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Ab. 1 HS

8.1.1 Eingabe, Eingang 09.08.06,
zur Schallschutzwand am Bürgerhaus Kalk und zur Durchführung von Open-Air-
Veranstaltungen (AZ.: 02-1600-57/06)
DS Nr.: 023/806

8.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Satze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS

8.2.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 70459/05
Arbeitstitel: Künftstraße in Köln-Kalk
DS-Nr. 1486/006

8.2.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener
Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel Hansestraße in Köln-Porz-Gremberghoven und Köln-Rath/Heumar
DS Nr.: 1485/006
Ergänzungsantrag SPD Fraktion

8.2.3 Beschluss über Einleitung, Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betr. Die Ver-
einfachte Änderung des bebauungsplanes Nr. 74450/02
Arbeitstitel: Heinrich-Lersch-Straße in Köln-Neubrück
DS Nr.: 1628/006

8.2.4 Sonderlandeplatz für Rettungs- und Intensivtransporthubschrauber auf dem westli-
chen Teil des sog. Kalkbergs in Köln-Kalk
hier: Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des luftrechtlichen Genehmigungs-
verfahrens
DS Nr.: 1685/006

9. Anfragen gem. §§ 4, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Be- zirksvertretungen

9.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

9.1.1 Anfrage der SPD – Fraktion aus der Sitzung am 20.06.06, TOP 9.3.5
Wegweisung Olpener Straße

9.1.2 Anfrage der SPD Fraktion aus der Sitzung am 24.08.06, TOP 9.2.4
Umstellung der Wertstofffassung durch Einführung der Blauen und Gelben Tonne

9.2 Neue Anfragen

9.2.1 Anfrage der SPD – Fraktion
Aufstellen von Hinweisschildern auf private Verbrauchermärkte auf öffentlichem
Straßenland im Stadtbezirk Kalk
Beantwortung liegt vor

9.2.2 Anfrage der SPD – Fraktion
Standicherheit Schulgebäude der kath. Grundschule Kapitelstraße
Beantwortung liegt vor

9.3 Mündliche Anfragen

9.3.1 Herr Sledzinski (CDU – Fraktion)
Querungshilfe Würzburger Straße

9.3.2 Frau Diemer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Protonenklinik

10. **Mitteilungen**

10.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers

10.1.1 Kranzniederlegung am 26.11.2006

10.1.2 Weihnachtsmarkt Kalker Post

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

10.2.1 Hubschrauberlandeplatz Kalkberg

10.2.2 Holzeinschlagsplanung 2006/2007 für den städtischen Wald im Stadtbezirk Kalk

10.2.3 Friedhofszielplanung 2005/2006, Bezirk Kalk

10.2.4 Vereinigung der Trägerschaft der kath. Kirchengemeinden St. Marien, Steinmetzstraße 35,
51103 Köln, St. Marien, Lohmarer Str. 5, 51105 Köln, St. Engelbert, Volpertusstr. 9-11,
51105 Köln

10.2.5 Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des AVR am 18.09.2006
Benachrichtigung anderer Behörden etc. über Straßenbenennungen
DS Nr. 1348/006

10.2.6 Sanierungsarbeiten im Kalker Stadtgarten

10.2.7 Sonderprogramm für Unterhaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum; Sachstand
September 2006

II. Nichtöffentlicher Teil

11. Anträge gem. §§ 3, 40 abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS

11.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO

12. Verwaltungsvorlagen

12.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS

12.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Sätze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS

12.2.1 Nachträgliche Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Besetzung der Stelle „Rektor/in“ an der Katholischen Grundschule Forststraße, Köln-Rath (5.
Ausschreibung)
DS Nr.: 2976/06

13. Anfragen gem. §§ 4, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

13.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

13.2 Neue Anfragen

14. Mitteilungen

14.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers

14.2 Mitteilungen der Verwaltung

I. Öffentlicher Teil

Herr Bezirksvorsteher Dohm eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Als Stimmzähler benennt er Herrn Hambloch, Herrn Grahl und Herrn Kirchner.

Zusätzliche Tagesordnungspunkte:

- 8.2.4 Sonderlandeplatz für Rettungs- und Intensivtransporthubschrauber auf dem westlichen Teil des sog. Kalkbergs in Köln-Kalk
hier: Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des luftrechtlichen Genehmigungsverfahrens
DS Nr.: 1685/006
- 9.1.2 Anfrage der SPD Fraktion aus der Sitzung am 24.08.06, TOP 9.2.4
Umstellung der Wertstofffassung durch Einführung der Blauen und Gelben Tonne
- 9.2.2 Anfrage der SPD – Fraktion
Standicherheit Schulgebäude der kath. Grundschule Kapitelstraße
Beantwortung liegt vor
- 10.2.7 Sonderprogramm für Unterhaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum; Sachstand
September 2006

Vertagung von Tagesordnungspunkten:

- 7.2.1 Antrag der CDU - Fraktion
Teilweise Änderung der Vorfahrtsregelung auf dem Europaring in Neubrück

auf Antrag der CDU – Fraktion gegen die Stimme des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) mehrheitlich vertagt
- 7.2.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Verkürzung der Wartezeiten in der Meldehalle Kalk

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig vertagt
- 8.2.3 Beschluss über Einleitung, Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betr. die Vereinfachte Änderung des bebauungsplanes Nr. 74450/02
Arbeitstitel: Heinrich-Lersch-Straße in Köln-Neubrück
DS Nr.: 1628/006

auf Antrag der SPD Fraktion einstimmig vertagt, die BV bittet die Verwaltung jedoch um kurzfristige Vorlage einer Dringlichkeitsvorlage

Die Bezirksvertretung Kalk erklärt sich mit der vorgelegten Tagesordnung einverstanden.

1. **Einwohnerfragestunde**
2. **Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO, § 14 Abs. 1 Satz 1, Abs 7 HS**

- 2.1 Eingabe, Eingang 09.08.06,
zur Schallschutzwand am Bürgerhaus Kalk und zur Durchführung von Open-Air-
Veranstaltungen (AZ.: 02-1600-57/06)
DS Nr.: 023/806

Die Antragstellerin stellt stellvertretend für alle Mitunterzeichner ihr Anliegen dar. Die Anwohner befürchten durch Open-Air-Veranstaltungen des Bürgerhauses Kalk Lärmbelästigungen. Sie befürchten hierdurch gesundheitliche Beeinträchtigungen. Es hat in der Vergangenheit auch unabhängig vom Bürgerhaus Lärmbelästigungen (z.B. Schützenfest oder Karneval) gegeben.

Der Leiter des Bürgerhauses Kalk, Herr Kongehl, stellt dar, dass seine Einrichtung auch Beschlüsse der Bezirksvertretung umsetzt, die u. a. auch Veranstaltungen im Innenhof vorsehen. In der Vergangenheit hat es seines Wissens keine Beschwerden gegeben. Auch für die Zukunft soll mit den Anwohnern eine friedliche Koexistenz gepflegt werden. Aus diesem Grund wurde unter anderem auch eine Lärmschutzwand gebaut. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit, eine neue Nutzungsgeheimigung zu beantragen. In den Antrag wurden vorsorglich alle nur denkbaren Veranstaltungen hineingenommen, um für die Zukunft flexibel agieren zu können. Parallel dazu wurde ein Lärmschutzgutachten beauftragt. Ein Konzept für Veranstaltung existiert noch nicht, dieses hängt von der baurechtlichen Genehmigung ab. Sobald diese vorliegt, wird das Bürgerhaus das Gespräch mit den Anwohnern suchen, um Einvernehmlichkeit herstellen zu können. Definitiv geplant ist bislang, den Kindertrödelmarkt nach draußen zu verlegen, sowie gelegentliche Chorkonzerte am Sonntag zu veranstalten. Er erklärt ausdrücklich, dass aufgrund des Lärmschutzgutachtens es keine verstärkerunterstützte Veranstaltungen geben wird. Denkbar seien aber z.B. Lesungen oder Kabarettveranstaltungen.

Herr Krems (SPD - Fraktion) hält das Bürgerhaus für eine wertvolle Einrichtung des Stadtteils Kalk. Ihm ist sehr an einer Fortsetzung dieser Arbeit zum Wohle aller gelegen. Gesundheitsschädigender Lärm ist zu vermeiden. Hierzu trägt die Lärmschutzwand bei. Er bittet das Bürgerhaus, einen Ansprechpartner für eventuelle Anwohnerbeschwerden zu benennen und empfiehlt, rechtzeitig den Dialog aufzunehmen.

Frau Dr. Behring (Fraktion Bündnis90/Die Grünen) regt den Dialog der Beteiligten an. Sie betont den Unterschied zwischen Lärm, der durch das Bürgerhaus verursacht wird und solchem, der von anderen Veranstaltungen (Schützenfest etc) herührt. Hier verweist sie auf das Ordnungsamt.

Einzelvertreter Herr Kirchner (NPD) befürchtet durch die baurechtliche Genehmigung von Open-Air-Veranstaltungen Anwohnerbeeinträchtigungen und kündigt an, dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.

Herr Schuiszill regt ebenfalls die sofortige Aufnahme des Dialogs an und verweist auf den Beirat des Bürgerhauses Kalk, dem Vertreter der Bezirksfraktionen angehören, wo das Thema im Rahmen der Programmgestaltung nochmals aufgegriffen werden soll.

Herr Kongehl stellt sich als Ansprechpartner für die Anwohner zur Verfügung. Er schlägt vor, die Gespräche aufzunehmen, wenn eindeutig feststeht, was baurechtlich möglich ist und was nicht.

Die Antragstellerin befürchtet durch die Zunahme der Veranstaltungen und den damit einhergehenden Besucherverkehr weitere Beeinträchtigungen und dadurch u.a. auch

die Abnahme des Wertes ihrer Wohnung. Ebenso findet sie, dass das Bürgerhaus nicht alle Sparten bzw Personengruppen (z.B. Kinder, junge Familien) abdeckt.

Die Bezirksvertretung Kalk fasst folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk nimmt die Darstellung zur Kenntnis und begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, im Rahmen eines Anwohnertreffens über die weiteren Programmplanungen zu informieren.

Ergänzung durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, geeignete Maßnahmen zu treffen für die Veranstaltungen außerhalb des Bürgerhauses, um die Belästigungen, die durch diese Veranstaltungen ausgehen, zu reduzieren“

Abstimmungsergebnis: **gegen den Einzelvertreter Herrn Kirchner (NPD) mehrheitlich zugestimmt**

3. Einwohneranträge gem. § 35 GO, § 15 Abs. 7 HS

Zu diesem TOP liegt kein Vorgang vor.

4. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gem. § 26 GO, § 16 Abs. 7, § 17 HS

Zu diesem TOP liegt kein Vorgang vor.

5. Anregungen und Stellungnahmen des Ausländerbeirates gem. § 27 GO, § 23 Abs. 1 HS

Zu diesem TOP liegt kein Vorgang vor.

6. Annahme von Schenkungen

Zu diesem TOP liegt kein Vorgang vor.

7. Anträge gem. §§ 3, 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

7.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS

Zu diesem TOP liegt kein Vorgang vor.

7.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO

7.2.1 Antrag der CDU - Fraktion

Teilweise Änderung der Vorfahrtsregelung auf dem Europaring in Neubrück

-vertagt-

7.2.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Verkürzung der Wartezeiten in der Meldehalle Kalk

-vertagt-

7.2.3 Antrag der Fraktionen SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Neue Wege in der Kalker Drogenpolitik beschreiben
Gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der Vertreterin der FDP
Gemeinsamer Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
sowie der Einzelvertreterin Frau Wirtz (FDP)

Herr Schade (CDU – Fraktion) ist erfreut, dass sich nunmehr auch der Gesundheitsausschuss mit dem Thema befasst hat und dass es gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten. Er betont, dass die Aufgabenstellung bzw. die Aufgabenerfüllung des Junkiebundes von der Stadt untersucht werden muss. Ebenso müsse ein anderer geeigneter Standort gefunden werden, so dass ein baldiger Umzug stattfinden kann. Die öffentlichen Straftaten insbesondere im Wohngebiet Humboldt/Gremberg wie Eigentumsdelikte und Drogenhandel müssen konsequent bekämpft werden. Die Zuweisungspraxis für Bewohner öffentlichen Wohnraums muss überprüft werden, damit es zu keiner Ballung von Drogenabhängigen oder anderem schwierigem Klientel kommen kann.

Herr Krems (SPD – Fraktion) ist erfreut, dass der nun vorliegende Antrag von einer solchen Breite getragen wird. Der Antrag zeichnet sich seines Erachtens durch hohe Qualität aus, da er zum einen gewährleisten soll, die Hilfsangebote für Drogenabhängige zu verbessern und gleichzeitig die repressiven Maßnahmen verstärken will. Die große Anzahl Drogenabhängiger hat zu einer Verunsicherung der Anwohner geführt. Die Bezirksvertretung nimmt diese Sorgen ernst. Aber auch die Verwaltung hat die Angelegenheit mit großer Priorität behandelt. Drogensucht ist eine Krankheit, daher darf Drogenpolitik nicht nach dem Sankt-Florian-Prinzip betrieben werden. Das qualitative Angebot des Junkiebundes muss aufgestockt und verbessert werden. Insbesondere sollen die Öffnungszeiten erweitert werden. Das rechtsrheinische Köln benötigt einen Drogenkonsumraum. Dieser muss für die Drogenabhängigen aus dem Stadtbezirk Kalk gut erreichbar sein. Abschließend appelliert er, sich den Stadtteil Humboldt/Gremberg nicht kaputt reden zu lassen. Er verwehrt er sich gegen die von der Presse verwandte Bezeichnung „Kölns schlimmste Drogenhöhle“ und betont, dass Humboldt/Gremberg bei allen Problemen ein Stadtteil mit liebenswerten Menschen ist.

Frau Dr. Behring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich für ein Umdenken in der Drogenpolitik aus. Man muss sich mit der Tatsache abfinden, dass es in einer Großstadt einen gewissen Anteil drogenabhängiger Menschen gibt. Diese nur von einem Ort zum nächsten zu verdrängen, ist ihrer Meinung nach nicht der richtige Ansatz. Der Junkiebund ist ein niederschwelliges Angebot, und bietet u. a. einen Spritzentausch an. Er befindet sich in räumlicher Nähe zur Szene und wird deswegen so gut akzeptiert. Ein neuer Standort muss mindestens dieselben Kriterien erfüllen, damit der Junkiebund verlagert werden kann. Es muss verkehrsgünstig gelegen sein, muss von der Szene angenommen werden, und das Umfeld muss weniger sensibel sein (keine Spielplätze, Kitas und Schulen in der Nähe). Der Drogenkonsumraum im Rechtsrheinischen muss problemlos für die Kalker Drogenszene erreichbar sein.

RM Frau Gärtner betont, dass es sich in dieser Angelegenheit um eine Sache handelt, die von einer breiten politischen Mehrheit getragen werden muss. Köln ist gegenüber anderen Städten fortschrittlich in seiner Drogenpolitik. In Humboldt/Gremberg ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Hier sollten auch stadtentwicklungspolitische Aspekte Berücksichtigung finden. Sie kündigt an, dass das Thema im Gesundheitsausschuss kontinuierlich begleitet werden wird.

Die Bezirksvertretung Kalk macht folgende Anregung:

Es ist eine gesicherte Erfahrung aus 15 Jahren Kölner Drogenpolitik, dass niederschwellige Einrichtungen wie Kontaktcafes mit ärztlicher Beratung, offenen Gesprächsangeboten und Sprizentausch notwendig sind. Diese Einrichtungen müssen dort angesiedelt sein, wo die Drogenabhängigen erreichbar sind. Sie sind gleichzeitig ein Instrument dafür, die Nutzerinnen und Nutzer zu stabilisieren und in die Gesellschaft zu reintegrieren. Nicht gesellschaftskonformes Verhalten wird dadurch oftmals minimiert.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksvertretung Kalk:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu untersuchen, wie sich die Arbeit der Kontaktstelle des Junkie-Bundes in den letzten Jahren angesichts der beschriebenen Aufgabenstellung entwickelt hat. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit der Ausbau der Öffnungszeiten, verbesserte Zusammenarbeit mit der Nachbarschaft und noch stärkere Aktivierung der Klientel für öffentliche Belange erreicht werden kann. Die finanziellen Konsequenzen erweiterter Aufgabenstellung sind darzustellen.
2. Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, für die Einrichtung eines niederschweligen Drogenhilfe- und Beratungsangebotes einen besser geeigneten Standort zu suchen, der für die Drogenabhängigen des Stadtteils erreichbar ist, um die bisherige Einrichtung in der Taunusstraße bald möglichst dorthin zu verlagern. Die Einrichtung sollte finanziell so ausgestattet werden, dass die bisherigen Öffnungszeiten und Angebote deutlich ausgeweitet werden können.
3. Die Arbeit der bereits tätigen Arbeitsgruppen in Humboldt/Gremberg, wie der Kriminalpräventive Rat und die Dialogrunde in Form einer Ordnungspartnerschaft ist zu intensivieren. Die dort bereits erzielten und die künftigen Ergebnisse sowohl im jugend- als auch im sozialpolitischen und im ordnungsrechtlichen Bereich sind weiterhin umzusetzen, insbesondere auch mit dem Ziel:
 - der Verzahnung und Intensivierung lokaler Präventionsarbeit (z.B. Schulsozialarbeit, unterrichtlichen Aufklärung
 - der Möglichkeit des flexiblen Einsatzes eines Ambulanzbusses
 - durch die erhöhte Anwesenheit von Ordnungskräften im Viertel Straftaten im öffentlichen Raum vorzubeugen und zu verfolgen und den Bürgern damit auch das Gefühl von Sicherheit wiederzugeben, insbesondere
 - Eindämmung der Prostitution
 - Bekämpfung von Eigentumsdelikten, insbesondere Einbruch und Diebstahl
 - Bekämpfung der Belästigung und Bedrohung von Anwohnern
 - Gegenüber Dealern darf es keine Toleranz geben
 - den öffentlichen Drogenhandel und – konsum unter anderem durch die Verhängung von Platzverboten etc. zu verhindern
 - eventuellen Sichtschutz durch Rückschnitt von Gehölzen und ähnlichen Maßnahmen zu entfernen, um den Drogenkonsum im öffentlichen Raum zu erschweren

- **Abbau von Gefährdungssituationen insbesondere von Kindern, wobei es vor allem um die Verhinderung und Vermeidung des Herumliegens von Spritzen geht**
- **verstärkte Beobachtung von und ggf. Intervention gegen Örtlichkeiten und Einrichtungen, die Raum für Kriminalität bieten**
- **stärkere Ausübung des Hausrechts durch KVB und DB und Schwerpunktkontrollen, um den Raum für Drogenhandel und Drogentourismus einzudämmen**
- **Verbesserung der Ausleuchtung des Kinderspielplatzes Taunusstraße**

Die Bevölkerung ist in geeigneter Form von den Maßnahmen und über städtische und polizeiliche AnsprechpartnerInnen zu unterrichten.

4. Analyse und Verbesserung der Wohn- und Wohnumfeldsituation

Eine weitere Konzentration von Problemgruppen muss auch durch eine veränderte Zuweisungspraxis in städtische Wohnungen verhindert werden, um mittelfristig eine ausgewogene Bevölkerungsmischung zu erreichen. Dazu muss die Wohnsubstanz in öffentlich geförderten Wohnungen und das Wohnumfeld verbessert werden.

- 5. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die Einrichtung eines rechtsrheinischen für die Kalker Szene gut erreichbaren Gesundheitsraumes/Drogenkonsumraumes an einem geeigneten Standort zu prüfen. Der Gesundheitsraum/Drogenkonsumraum soll in eine niederschwellige Einrichtung zur Drogenhilfe mit Beratung zum Ausstieg und der Möglichkeit zur medizinischen Versorgung eingebettet werden. Die Erfahrungen mit dem Betrieb des ersten Kölner Gesundheitsraumes/ Drogenkonsumraumes am Hauptbahnhof sind in die Planungen einzubeziehen. Die hauswirtschaftlichen Auswirkungen sind angesichts der Haushaltsplanberatungen kurzfristig darzustellen.**
- 6. Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksvertretung Kalk über das bestehende gesamtstädtische Konzept zur Drogenhilfe und –prävention regelmäßig zu berichten und darzulegen, ob sich angesichts der aktuellen Problemlage in Humboldt/Gremberg weiterer Handlungsbedarf ergibt.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Einzelvertreter Herr Kirchner (NPD) hat während der Abstimmung den Raum verlassen.

- 7.2.4 Antrag der CDU – Fraktion
Pilotprojekt Kalker Hauptstraße
Ersetzungsantrag der Fraktionen SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters Herrn Demirel (Die Linke.PDS)

Frau Topp-Burghardt (CDU – Fraktion) begründet den Antrag. Sie erklärt, dass dieser den Prozess beschleunigen soll. Bislang hat die Verwaltung die seinerzeit gefassten Beschlüsse noch nicht umgesetzt. Bezogen auf den Änderungsantrag befürchtet sie, dass die Einschaltung weiterer Gremien das Projekt um weitere Monate verzögern könnte. Die Einbindung weiterer Gremien könne nach Abschluss des Pilotprojektes erfolgen.

Herr Krems (SPD – Fraktion) kritisiert ebenfalls, dass die Verwaltung bislang noch nicht tätig geworden ist. Er weist darauf hin, dass die Anträge bzw. die Beschlüsse bislang immer gemeinsam formuliert wurden. Er sieht keinen Grund dafür, von den bisherigen Beschlüssen abzuweichen. Eine Einbindung der Betroffenen muss aus seiner Sicht jedoch keine Verzögerung bedeuten.

Frau Dr. Behring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) hält es in Anbetracht der vielen verschiedenen Vorschläge für nötig, dass die Verwaltung eine Beschlussvorlage vorlegt. Sie verweist auf den ursprünglichen gemeinsamen Antrag vom März 2006. Auch sie hält eine Diskussion innerhalb der zu gründenden ISG für erforderlich. Sie fordert nochmals die seinerzeit beantragte Nutzer/innenabfrage. Das Schrägparken hält sie nicht für das zentrale Thema, vielmehr solle der Radverkehr verbessert werden.

Bürgeramtsleiter Becker weist darauf hin, dass die Bezirksverwaltung seit Monaten mit flankierenden Maßnahmen zur Gründung der ISG befasst ist. Er schlägt vor, im Januar 2007 den politisch geforderten Gesprächskreis einzuberufen. Hinsichtlich der geforderten Nutzer/innenabfrage sagt er für die nächste Sitzung eine Sachstandsmitteilung zu.

Frau Scheper vom Amt für Straßen- und Verkehrstechnik empfiehlt, das Thema Schrägparken von allem anderen abzukoppeln. Sie sagt eine Beschlussvorlage für die nächste Sitzung des Verkehrsausschusses zu.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, das versprochene Pilotprojekt in einem Teilstück der Kalker Hauptstraße zeitnah umzusetzen und der Bezirksvertretung einen Zeitplan bezüglich der Machbarkeitfeststellung bzw. Umsetzung des Modells zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

**gegen die Stimmen der
CDU – Fraktion sowie der
Einzelvertreterin der FDP
Fraktion mit den Stimmen
aller anderen abgelehnt**

Ersetzungsantrag der Fraktionen SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters Herrn Demirel (Die Linke.PDS)

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung unter Bezugnahme auf die Mitteilung in der Sitzung vom 20.06.2006 und die Beschlüsse vom 30.06.2005 und vom 30.03.2006 nunmehr zügig bis zum 31.01.2007 einen Vorschlag zur Umsetzung eines Pilotprojektes zur Umgestaltung der Kalker Hauptstraße zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. In der Vorlage soll im Einzelnen zu den Vor- und Nachteilen der von Herrn Beigeordneten Streitberger in öffentlicher Veranstaltung vorgeschlagenen Lösungsalternativen Stellung genommen werden.**
- 2. Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten, vor der Beschlussfassung in den Gremien den Pilotprojekt-Vorschlag zur Umgestaltung der Kalker Hauptstraße**

den Beteiligten des von der BV Kalk initiierten Gesprächskreises Kalker Hauptstraße vorzustellen und zu beraten.

- 3. Die Verwaltung wird daher gebeten, die Vorbereitungen zur Einrichtung des Gesprächskreises zu intensivieren und diesen rechtzeitig vor Beschlussfassung über die Vorlage der Verwaltung zu einer Sitzung einzuladen. Die Anregungen aus dem Gesprächskreis sollen in die Gestaltung des Pilotprojektes einfließen.**
- 4. Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten, die geforderte NutzerInnen-Abfrage zur Kalker Hauptstraße durchzuführen oder in Auftrag zu geben. Sowohl die Informationen aus dem Pilotprojekt als auch die aus der NutzerInnenbefragung sollen im Gesprächskreis zu einer allgemeinen Lösung verarbeitet werden, die dann wiederum der Kalker Bevölkerung vorzustellen ist, bevor diese in die politischen Gremien eingebracht wird.**

Abstimmungsergebnis:

**gegen die Stimmen der
SPD – Fraktion, Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
sowie des Einzelvertreters
Herrn Demirel (DieLin-
ke.PDS) mit den Stimmen
aller anderen abgelehnt**

7.2.5 Antrag der CDU – Fraktion Müllcontainer auf dem Marktplatz an der Gremberger Str.

Herr Schade (CDU – Fraktion) erläutert den Antrag. Seit Jahren gibt es aufgrund der starken Verschmutzungen die Bitten der Anwohner, die Container komplett zu entfernen. Seit der Umstellung des Holsystems bzw. der Einführung der Gelben und Blauen Tonnen in Privathaushalten sind die bisherigen Containerstandorte noch stärker verschmutzt als früher. Er regt an, diese um die Ecke in die Westerwaldstraße zu verlagern.

Frau Mittmann (SPD – Fraktion) entgegnet, dass die Anzahl der Container ohnehin bereits sehr stark reduziert wurde. Insbesondere für ältere Menschen ohne Auto ist dies ein Problem. Sie spricht sich daher dafür aus, den o. a. Standort nicht zu verändern.

Frau Diemer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fordert, dass hinsichtlich des Alternativstandortes geprüft werden muss, ob es eine Möglichkeit in unmittelbarer Nähe gibt. Ebenso muss die Auflage erfüllt werden, dass z. B. durch soziale Kontrolle sichergestellt ist, dass keine wilden Müllablagerungen mehr vorgenommen werden. Nur wenn ein solcher besser geeigneter Punkt gefunden würde, stimmt ihre Fraktion einer Verlagerung zu.

Bürgeramtsleiter Becker entgegnet, dass ein solcher „besser geeigneter Punkt“ nicht existiert. Das Fehlverhalten einzelner Bürger ist unabhängig vom Standort.

Herr Schade weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt. Sofern die Prüfung ergibt, dass sich eine Verbesserung nicht herleiten lässt, bzw auf die Container an dieser Stelle nicht verzichtet werden kann, soll nichts geändert werden.

Die BV Kalk macht folgende Anregung:

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Glascontainer auf dem Marktplatz in Humboldt/Gremberg an der Gremberger Str. verlagert werden können oder ob auf sie ganz verzichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis: mit den Stimmen der CDU – Fraktion sowie der Einzelvertreter Frau Wirtz (FDP) und Herrn Kirchner (NPD) bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen aller anderen beschlossen

7.2.6 Antrag der SPD – Fraktion
Reinigung von öffentlichen Wegen und Plätzen

Frau Schmedemann (SPD – Fraktion) begründet den Antrag. Die Bürger der Vororte haben in diesem Jahr die Reduzierung der Reinigung aufgrund der Fußball WM toleriert. Nun gibt es die „Saubermann-Aktion“ aller Ratsfraktionen. Der Antrag soll sicherstellen, dass die Sauberkeit auch in den Vororten Priorität hat und nicht nur in der Innenstadt.

Frau Gärtner-Plückthun (CDU – Fraktion) regt an, anlässlich des interfraktionellen Ratsantrages, auch auf Bezirksebene interfraktionelle Überlegungen anzustellen.

Herr Kirchner kritisiert die mangelhafte Sauberkeit rund um das Bezirksrathaus. Bürgeramtsleiter Becker entgegnet, dass das Rathausgelände täglich gereinigt wird.

Die Bezirksvertretung macht folgende Anregung:

Die Verwaltung wird aufgefordert, der Bezirksvertretung Kalk das Konzept der von den Ratsfraktionen und dem Oberbürgermeister initiierten neuen Reinigungsinitiative „Sauberkeit in Köln“ vorzustellen. Hierbei sollen insbesondere die Auswirkungen auf die Stadtteile im Stadtbezirk Kalk dargestellt werden. Insbesondere ist hierbei die dringende Reinigung der nachfolgend genannten Wege und Plätze zeitnah sicherzustellen.

- Festplatz in Höhenberg einschließlich des angrenzenden Grünbereichs
- Fußweg parallel der KVB Linie zwischen dem Kieskauler Weg und der Ostmerheimer Straße
- Park- and Ride Parkplatz der KVB – Haltestelle Porzer Straße in der Straße „Am Rande“
- Vingster Markt

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

8. Verwaltungsvorlagen

8.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO. § 19 Ab. 1 HS

Zu diesem TOP liegt kein Vorgang vor.

8.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Satze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS

8.2.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 70459/05
Arbeitstitel: Kunftstraße in Köln-Kalk
DS-Nr. 1486/006

Frau Diemer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) kündigt für ihre Fraktion an, der Vorlage aufgrund der bereits im Vorverfahren geäußerten Bedenken nicht zuzustimmen.

Die BV Kalk empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70459/05 für das Gebiet zwischen der B 55 (Stadtautobahn), der Ostseite der Kalk-Mülheimer Straße, der Nordseite der Wipperfürther Straße und ihrer Verlängerung bis an die Ostseite der Straße des 17. Juni und entlang dieser nach Norden bis zur Stadtautobahn —Arbeitstitel: Kunftstraße in Köln-Kalk— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen

Abstimmungsergebnis: **gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90(Die Grünen und des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) bei Enthaltung des Einzelvertreters Herrn Demirel (DieLinke.PDS) mehrheitlich zugestimmt**

8.2.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel Hansestraße in Köln-Porz-Gremberghoven und Köln-Rath/Heumar
DS Nr.: 1485/006
Ergänzungsantrag der SPD Fraktion

Herr Krems (SPD – Fraktion) erläutert den Ergänzungsantrag. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch ausreichend Zeit, die durch das Vorhaben aufgeworfenen Verkehrsprobleme planerisch erfolgreich zu bewältigen.

Herr Demirel (DieLinke.PDS) regt an, die bereits in der BV Porz verabschiedete Ergänzung hinsichtlich Ausgleichsflächen ebenfalls zu übernehmen.

Frau Diemer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) greift die Initiative von Herrn Demirel auf und bittet, dies in den Ergänzungsantrag aufzunehmen.

Herr Sledzinski (CDU – Fraktion) bittet, neben Rath/Heumar auch noch Ostheim in die Formulierung mit aufzunehmen.

Die BV Kalk empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgende Beschlussfassung:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet zwischen der ICE-Trasse Köln-Hauptbahnhof - Flughafen, Maarhäuser Weg und Hansestraße —Arbeitstitel: Hansestraße in Köln-Porz-Gremberghoven und Köln-Rath/Heumar— einzuleiten mit dem Ziel, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Logistikzentrums der in Köln ansässigen Speditionsfirma Dachser zu schaffen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB nach Modell 1 (Aushang).

Ergänzungsanregung der SPD Fraktion mit Ergänzungen aus den Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters Herrn Demirel (DieLinke.PDS):

Punkte 1 und 2 wie in der Verwaltungsvorlage und zusätzlich eine Ergänzung unter

Punkt 3:

Die Bezirksvertretung Kalk stellt fest, dass im Rahmen des durchzuführenden Planungsverfahrens die durch das Vorhaben aufgeworfenen Verkehrsprobleme planerisch erfolgreich bewältigt werden müssen. Dabei wird besonders sorgfältig darauf zu achten sein, wie eine leistungsfähige und störungsfreie Anbindung der zusätzlichen Verkehre an das überörtliche Autobahnnetz erfolgen kann und ob daher nicht doch die Notwendigkeit besteht, zeitnah umfassende Maßnahmen zur weiteren Ertüchtigung der Kreuzung Frankfurter Straße/Steinstraße/Maarhäuser Weg und den Ausbau der Frankfurter Straße einzuleiten.

Zudem erwartet die Bezirksvertretung Kalk, dass durch geeignete Regelungen und Maßnahmen LKW-Ausweichverkehre durch die Stadtteile Rath/Heumar und Ostheim wirksam verhindert werden.

Die Kompensation für den Eingriff in die Natur darf nicht durch finanzielle Entschädigung geleistet werden.

Der Stadtentwicklungsausschuss wird gebeten, entsprechend zu beschließen.

Der Bezirksvorsteher lässt über den Verwaltungsvorschlag mit den o. a. Ergänzungen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

gegen die Stimme des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) mehrheitlich beschlossen.

Arbeitstitel: Heinrich-Lersch-Straße in Köln-Neubrück
DS Nr.:1628/006

-vertagt-

- 8.2.4 Sonderlandeplatz für Rettungs- und Intensivtransporthubschrauber auf dem westlichen Teil des sog. Kalkbergs in Köln-Kalk
hier: Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des luftrechtlichen Genehmigungsverfahrens
DS Nr.: 1685/006

Herr Lechleuthner von der Berufsfeuerwehr erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen der Bezirksvertreter. Die Kostensteigerungen, die sich zwischenzeitlich ergeben haben, sind in der Bautechnik begründet und würden im Wesentlichen an allen zur Auswahl stehenden Standorten anfallen. Der Kalkberg ist allerdings aus Sicht der Berufsfeuerwehr der geeignetste und wirtschaftlichste Standort für die Hubschrauberbetriebsstation. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand wird aufgrund der Kostenkalkulation keine europaweite Ausschreibung erforderlich sein. Die Variante „Flughafen“ ist intensiv geprüft worden, ist aber aus logistischen Gründen derzeit keine Alternative.

Die BV Kalk empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der in der Anlage 3 vorgelegten Stellungnahme der Verwaltung für das luftrechtliche Genehmigungsverfahren des Hubschrauberlandeplatzes auf dem Kalkberg in Köln Kalk zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9. Anfragen gem. §§ 4, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

- 9.1.1 Anfrage der SPD – Fraktion aus der Sitzung am 20.06.06, TOP 9.3.5
Wegweisung Olpener Straße

Herr Thiele (SPD – Fraktion) fragt nach, wie die Verbindung zu dem Investor zu sehen ist? Wie wurde dies seinerzeit geregelt? Sollte die Stadt die Erneuerung vornehmen, ist fraglich bis wann?

- 9.1.2 Anfrage der SPD Fraktion aus der Sitzung am 24.08.06, TOP 9.2.4
Umstellung der Wertstofffassung durch Einführung der Blauen und Gelben Tonne

9.2 Neue Anfragen

- 9.2.1 Anfrage der SPD - Fraktion
Aufstellen von Hinweisschildern auf private Verbrauchermärkte auf öffentlichem Straßenland im Stadtbezirk Kalk
Beantwortung liegt vor

Herr Krems (SPD – Fraktion) ist mit der Anfragenbeantwortung nicht zufrieden. Er bittet die Verwaltung in den Fällen, in denen Unklarheit über Standorte bestehen, dringend darum, bei ihm nochmals nachzufragen. Die vorgelegte Antwort ist aus seiner Sicht mehr als unbefriedigend.

Bürgeramtsleiter Becker antwortet, die Fachverwaltung habe eine ergänzende Mitteilung für die nächste Sitzung zu dem Thema zugesagt.

- 9.2.2 Anfrage der SPD – Fraktion
Standsicherheit Schulgebäude der kath. Grundschule Kapitelstraße
Beantwortung liegt vor

Herr Thiele (SPD – Fraktion) fragt, warum die Gebäudewirtschaft erst durch ein Schreiben der Schulpflegschaft auf dieses Ereignis hingewiesen wurde. Er hält dies für eine Aufgabe der Schulleitung. Er fragt, warum diese den Vorfall nach Bekanntwerden nicht weitergemeldet hat. Er möchte wissen, ob dies nicht beamtenrechtliche Konsequenzen haben müsse.

9.3 Mündliche Anfragen

- 9.3.1 Herr Sledzinski (CDU - Fraktion) fragt nach dem Sachstand zur Querungshilfe Würzburger Straße

Frau Scheper (Amt für Straßen- und Verkehrstechnik) teilt mit, dass alles vorbereitet ist und lediglich angeordnet werden muss. Sie wird dies intern forcieren.

- 9.3.2 Frau Diemer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach dem Sachstand zur Protonenklarinik. Hier herrscht derzeit ein Baustopp.

Herr Becker erläutert, dass es nach seinem Kenntnisstand derzeit Probleme mit dem Protonenbeschleuniger in München gibt. Bis diese nicht behoben sind, wird nicht weiter gebaut.

Frau Dr. Behring fragt, wie die Angelegenheit weitergehen wird, sofern sich die Probleme nicht beheben lassen.

10. **Mitteilungen**

10.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers

10.1.1 Kranzniederlegung am 26.11.2006

10.1.2 Weihnachtsmarkt Kalker Post

Herr Bezirksvorsteher Dohm informiert, dass der Geschäftspartner des Veranstalters plötzlich verstorben ist. Aus diesem Grund sieht sich der Veranstalter nicht in der Lage, den Weihnachtsmarkt durchzuführen.

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

10.2.1 Hubschrauberlandeplatz Kalkberg

10.2.2 Holzeinschlagsplanung 2006/2007 für den städtischen Wald im Stadtbezirk Kalk

10.2.3 Friedhofszielplanung 2005/2006, Bezirk Kalk

10.2.4 Vereinigung der Trägerschaft der kath. Kirchengemeinden St. Marien, Steinmetzstraße 35, 51103 Köln, St. Marien, Lohmarer Str. 5, 51105 Köln, St. Engelbert, Volpertusstr. 9-11, 51105 Köln

10.2.5 Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des AVR am 18.09.2006
Benachrichtigung anderer Behörden etc. über Straßenbenennungen
DS Nr. 1348/006

10.2.6 Sanierungsarbeiten im Kalker Stadtgarten

10.2.7 Sonderprogramm für Unterhaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum; Sachstand
September 2006

(Dohm)
Bezirksvorsteher

(Gutenberger)
Schriftführerin

